

3xNein **zu drohenden Steuern** **auf Energie**

Die teure Schweiz
wird noch teurer

Wir stehen in Sachen
Umweltschutz gut da

Energiesteuer:
Alle zahlen, wenige profitieren

Politisches Komitee gegen neue und ungerechte Steuern
Postfach 251 8032 Zürich www.energiesteuern-nein.ch

3x
Nein

Drei neue Steuervorlagen: teuer und ungerecht!

Am 24. September stimmen wir über die Einführung von Energiesteuern ab. Hinter der Solarinitiative, der Förderabgabe und der Grundnorm verbergen sich nichts anderes als drei neue Steuervorhaben des Bundes. Insgesamt werden mit den drei Vorlagen rund vier Milliarden Franken an zusätzlichen Steuern erhoben. Darauf gibt es nur eine Antwort: 3xNein zu neuen und ungerechten Steuern auf Energie.

Solarinitiative

Die Solarinitiative fordert eine Steuer auf dem Verbrauch nicht erneuerbarer Energieträger (z.B. Benzin und Heizöl) während 20 Jahren. Die Steuer steigt innerhalb von fünf Jahren von 0,1 auf 0,5 Rappen pro kWh an und löst einen jährlichen Subventionsstrom von rund 880 Millionen Franken aus. Dieses Geld soll je zur Hälfte zur Förderung der Solarenergie und zur effizienten Energienutzung eingesetzt werden.

Förderabgabe

Die Förderabgabe ist der Gegenvorschlag zur Solarinitiative. Auf den nicht erneuerbaren Energien soll während 15 Jahren eine Steuer von 0,3 Rappen pro kWh erhoben werden. Diese jährlichen Subventionen von etwa 450 Millionen Franken würden zur Förderung der Solarenergie, der effizienten Energienutzung und der Wasserkraft verwendet.

Grundnorm

Die so genannte «Grundnorm» ist der Gegenvorschlag zur Energie-Umwelt-Initiative, die am 21. März 2000 zurückgezogen wurde. Die Grundnorm ist ein Verfassungsartikel für eine ökologische Steuerreform. Es wird eine Steuer von zwei Rappen pro kWh auf nicht erneuerbaren Energieträgern erhoben. Der Ertrag von geschätzten drei Milliarden Franken wird zur Senkung der Lohnnebenkosten verwendet.

Heizen
wird
teurer

Licht
und Strom
werden
teurer

Erdgas bis
40%
teurer

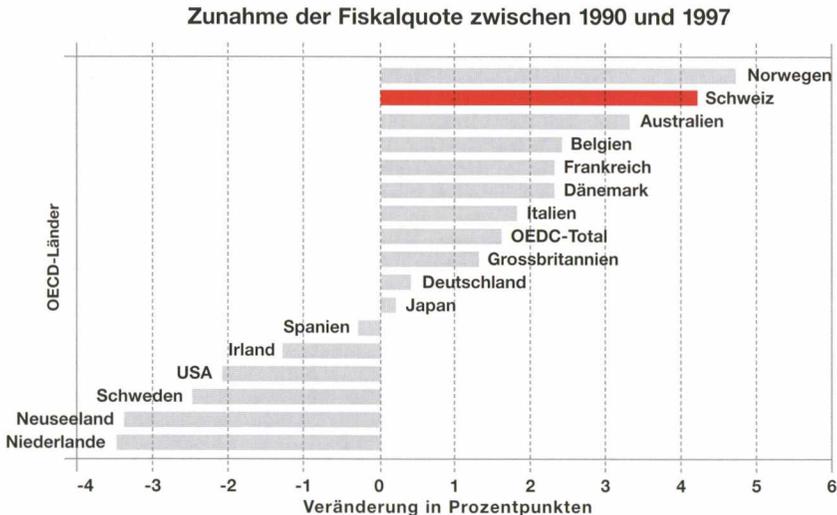
Benzin
steigt um
20 Rappen
pro Liter

3 ✖
Nein

Nein zu neuen Steuern

Steuern und Abgaben sind in den letzten Jahren massiv gestiegen

- Die Steuerquote beträgt heute schon mehr als 35 Prozent.
- Schweizerinnen und Schweizer arbeiten vier Monate im Jahr nur für die Steuern.
- Die Steuerbelastung stieg im internationalen Vergleich in der Schweiz am stärksten, zwischen 1990 und 1998 von 30,9 auf 35,1 Prozent.
- Wird die Zunahme an neuen Steuern und Abgaben nicht gebremst, so verliert die Schweiz einen ihrer wichtigsten Standortvorteile.



Quelle: Eidgenössische Finanzverwaltung

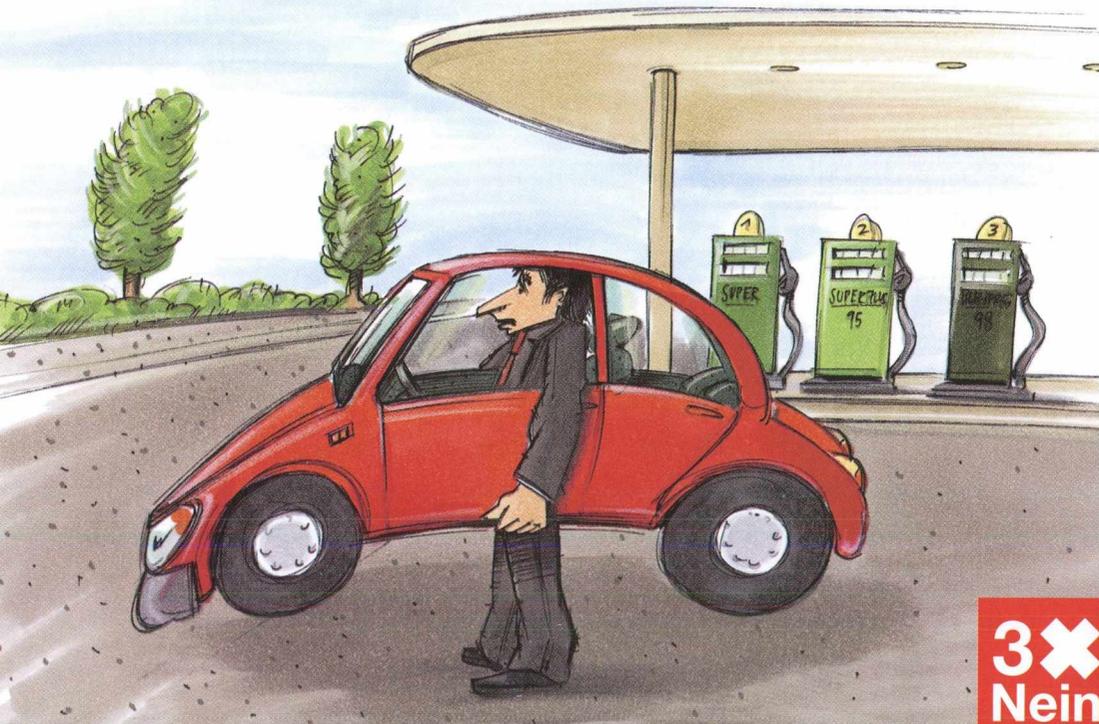
Die teure Schweiz wird noch teurer

- Durch die Grundnorm wird das Benzin noch einmal um 20 Rappen pro Liter teurer.
- Heizen wird bis zu 50 Prozent teurer.
- Die Mieten werden ansteigen.
- Die Energiesteuern werden die Konsumentenpreise generell ansteigen lassen.
- Neue Steuern verteuern das Leben in der Schweiz noch mehr.

Alles wird teurer

Benzin und Strom sind heute schon stark besteuert

- Benzin und Heizöl sind schon heute stark mit Steuern und Abgaben belastet: Mehrwertsteuer, Mineralölsteuer, Mineralölsteuertzuschlag und Zölle. Die aktuelle Steuerbelastung auf einem Liter Benzin beträgt 82 Rappen.
- Die Besteuerung der Energie verschaffte der Bundeskasse 1999 Einnahmen von rund 5,6 Milliarden Franken. Das entspricht zehn Prozent der Gesamteinnahmen des Bundes.
- Der Strom in der Schweiz ist im Vergleich zum Ausland viel zu teuer. Dies ist ein gravierender Nachteil für die Schweizer Wirtschaft im Wettbewerb mit ihren ausländischen Konkurrenten. Die Öffnung des Strommarktes wird der Schweiz tiefere Strompreise bringen. Diese Verbesserung würde aber durch neue Energiesteuern wieder zunichte gemacht.



Die Schweiz steht in Sachen Umweltschutz gut da

Unser Land spielt in der Energie- und Umweltpolitik oft eine Vorreiterrolle, gerade bei der Reduktion des klimaschädlichen CO₂. Als kleines Land trägt die Schweiz nur wenig zur globalen Luftverschmutzung bei, und seit Anfang der 90er Jahre ist der CO₂-Ausstoss sogar konstant. Mit dem CO₂-Gesetz will die Schweiz den CO₂-Ausstoss bis ins Jahr 2010 um weitere zehn Prozent senken.

Die Schweiz sollte auf diesem erfolgreichen Kurs fortfahren. Voreilige Massnahmen mit zweifelhafter Wirkung, welche die Schweizer Haushalte bestrafen und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft beeinträchtigen, sind deshalb völlig fehl am Platz.



Bevölkerung und Wirtschaft in vielen Punkten vorbildlich

- Das Sammeln und Sortieren von Abfall gehört in der Schweiz zum Alltag. Die Konsumentinnen und Konsumenten zeigen eine grosse Bereitschaft, auf umweltfreundliche Produkte umzusteigen. Das hat die rasche Akzeptanz der Katalysatorfahrzeuge gezeigt.
- Auch die Wirtschaft trägt ihren Teil bei: Der Energieverbrauch der Industrie hat sich trotz Produktions- und Produktivitätssteigerungen in den letzten acht Jahren stabilisiert. Viele Unternehmer stellen ihren Betrieb freiwillig unter ein konsequentes Umweltmanagement und lassen es ISO-14'001 zertifizieren. Sie beteiligen sich auch an Projekten wie Energie 2000. Dies ist in ihrem eigenen Interesse, weil sie Kosten sparen.

Bisherige Umweltpolitik hat Wirkung gezeigt

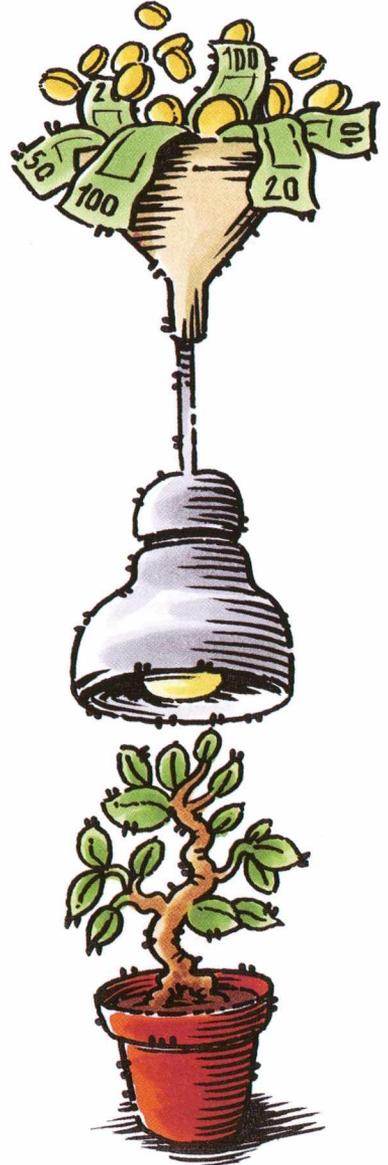
Die bisherigen Anstrengungen des Bundes zum Schutze des Klimas sind erfolgreich. Dazu gehören:

- Emissionsbegrenzungen für rund 150 verschiedene Schadstoffe;
- strenge Abgasgrenzwerte für Personenwagen und Pflicht zur Abgaswartung;
- Senkung der Höchstgeschwindigkeit auf Autobahnen und ausserorts;
- das Energiegesetz und das Programm Energie 2000;
- die Ökologisierung der Landwirtschaft;
- das CO₂-Gesetz, das am 1. Mai in Kraft getreten ist;
- Förderung des öffentlichen Verkehrs.

Die Schweiz hat also mit sinnvollen Anreizsystemen, mit Eigeninitiative und einem offenen Wettbewerb vieles erreicht. Auf unsere ökologischen Errungenschaften dürfen wir zu Recht stolz sein. Auf «Strafsteuern», wie sie nun vorliegen, hat unser Land bisher verzichtet – mit Erfolg. Es gibt keinen Grund, sich jetzt in ein Abenteuer zu stürzen, das verheerende Auswirkungen auf die positive Haltung der Schweizerinnen und Schweizer zum Umweltschutz hätte.

Umweltschutz, aber ohne Subventionen

- Die Solarinitiative und die Förderabgabe führen zu einer neuen Subventionswirtschaft.
- Die frühere Landwirtschaftspolitik hat gezeigt, dass die generelle Subventionierung eines Wirtschaftszweiges ein schlechter Weg ist.
- Eine zukunftsversprechende Technologie braucht keine Starthilfe. Innovative Produkte setzen sich auf dem Markt durch – ohne Subventionen.
- Subventionen sind schädlich. Sie führen zu massiven, den Markt völlig verzerrenden Umverteilungen. Hinzu kommt, dass ein ansehnlicher Teil der erhobenen Steuergelder in der Umverteilungsbürokratie versickert.
- Subventionen sind rascher beschlossen als abgeschafft. Wenn Branchen von staatlichen Subventionen abhängen, werden sie nie mehr auf eigenen Beinen stehen können.
- Die Gefahr ist gross, dass noch mehr und höhere Forderungen gestellt werden. Und jedesmal ist es ja nur «äs Tassli Kafi und für en guete Zwäck». Doch: insgesamt wird die Steuerbelastung für alle höher und höher.



Energiesteuern schaffen keine neuen Arbeitsplätze

Die Energiesteuern schaffen entgegen den Behauptungen der Initianten keine neuen Arbeitsplätze. Im Gegenteil: Wegen der Umverteilungswirkung werden gar Arbeitsplätze gefährdet. Speziell sind jene Regionen von einem Arbeitsplatzabbau bedroht, die einen hohen Anteil an Beschäftigten in energieintensiven Branchen aufweisen.

Die geplanten Energieabgaben bringen laut einer Studie von Ecoplan (im Auftrag des Bundesamtes für Energie) keine «doppelte Dividende». Im Gegenteil, sie haben eine negative Wirkung auf die Wirtschaft: Bei der geplanten ökologischen Steuerreform (Grundnorm) ist sogar mit rückläufigen Wirtschaftszahlen zu rechnen, da die negativen Effekte der Energieabgabe alle allfälligen positiven Effekte zunichte machen. Weder die Grundnorm noch die Förderabgabe sind wirkungsvolle beschäftigungspolitische Massnahmen. Die «doppelte Dividende» ist eine «doppelte Legende».

Alle zahlen, nur wenige profitieren!

Wer die neuen Steuern auf Energie bezahlen muss, liegt auf der Hand: wir alle. Das Volk wird zur Kasse gebeten – aber nicht alle werden im gleichen Umfang belastet. Einige trifft es besonders hart: Familien und Alleinerziehende, Leute mit tieferen Einkommen, der Mittelstand, Rentnerinnen und Rentner sowie Berg- und Randregionen.

Familien werden benachteiligt

- Alle wollen die Familien steuerlich entlasten. Mit den Energiesteuern geschieht das Gegenteil. Familien werden bestraft.
- Das Leben wird teurer: Mieten, Heiz- und Stromkosten steigen, das Benzin wird um 20 Rappen teurer.
- Eine vierköpfige Familie hat einen grossen Energiebedarf – und wird entsprechend zur Kasse gebeten. Die Familie erhält aber nur einen Bruchteil davon zurückerstattet, wenn nur ein Elternteil arbeitstätig ist.
- Hinzu kommt, dass bei der Rückerstattung über die Lohnnebenkosten die tieferen Einkommen benachteiligt werden. Die neuen Steuern auf Energie sind zutiefst ungerecht.

Rentnerinnen und Rentner zahlen nur

- Rentnerinnen und Rentner stehen nicht mehr im Arbeitsprozess und erhalten keinen AHV-pflichtigen Lohn. Bei der Rückerstattung der Energiesteuern über die Lohnnebenkosten gehen sie leer aus – obschon auch sie zur Kasse gebeten werden: als Konsumenten, Mieter, Hausbesitzer, Altersheimbewohner.
- Die Energiesteuern sichern die Zukunft der AHV nicht. Was sich ändert, ist die Finanzierungsart, doch die angespannte Lage der AHV verbessert sich nicht. Im Gegenteil: Falls der Energieverbrauch abnehmen sollte, fliesst sogar immer weniger Geld in die AHV.

Berggebiete und Randregionen werden abgehängt

- Bewohnerinnen und Bewohner abgelegener Berggebiete sind besonders von den neuen Steuern auf Energie betroffen. Denn sie sind auf das Auto angewiesen, müssen lange Strecken fahren, und sie haben lange, intensive Heizperioden.
- Der Tourismus wäre besonders von den neuen Steuern betroffen. Dieser wichtige Wirtschaftszweig reagiert sehr sensibel auf kleinste Preissteigerungen: Hotelgäste bleiben fern, damit sind Arbeitsplätze in der ganzen Region gefährdet.
- Düster sieht es auch für die Grenzregionen aus. Höhere Benzinpreise werden viele Ausländer von einer Einkaufstour in die Schweiz abhalten. Tankstellen, Detailhandel und Gastgewerbe werden darunter besonders leiden.



Nein zu ungerechten Steuern

Die Rückerstattung über die Lohnnebenkosten führt zu sozialen Ungerechtigkeiten und einer Verteilung von unten nach oben.

Familien, Mittelstand und tiefe Einkommen werden klar benachteiligt

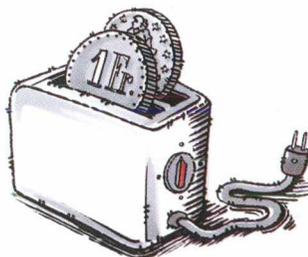
Energiesteuern schaffen neue soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten, weil sie tiefe Einkommen stärker belasten.

Die Rückerstattung über die Lohnnebenkosten hat krasse Ungerechtigkeiten zur Folge. Der Mittelstand, tiefe Einkommen und Alleinerziehende gehören zu den Verlierern. Wer nicht erwerbstätig ist, geht bei der Rückerstattung leer aus.

Annahme: Wohnung von 90 m², Mittelklassewagen mit 15'000 km im Jahr

	Bruttoeinkommen Fr. 40'000.-	Bruttoeinkommen Fr. 80'000.-	Bruttoeinkommen Fr. 200'000.-
Mehrkosten durch Grundnorm		Strom: Fr. 44.40 Heizkosten: Fr. 216.- Benzin: Fr. 243.- Total: Fr. 503.40	
Rückerstattung*	0,005 x 40'000 = Fr. 200.-	0,005 x 80'000 = Fr. 400.-	0,005 x 200'000 = Fr. 1'000.-
Saldo nach Rückerstattung	Minus Fr. 303.40	Minus Fr. 103.40	Plus Fr. 496.60

* Erklärung: Die AHV-Lohnnebenkosten werden um 1 Prozentpunkt gesenkt, 0,5 Prozentpunkte gehen an die Arbeitnehmer



Wasser
wird
teurer

Licht
und Strom
werden
teurer

Heizöl bis
50%
teurer

Benzin
wird noch
teurer

Erdgas bis
40%
teurer

3x
Nein

Zehn Argumente gegen neue Steuern auf Energie

Steuern sind in den letzten Jahren massiv gestiegen

Die Steuerbelastung hat in der Schweiz in den 90er Jahren von 30 auf 35 Prozent zugenommen. Dies ist im internationalen Vergleich die stärkste Zunahme überhaupt. Es erträgt keine neuen Steuern mehr.

Keine neue Steuerbelastung

Die neuen Steuern auf Energie werden das Leben in der Schweiz weiter verteuern. Das Benzin wird um 20 Rappen teurer, Strom kostet mehr, Gas wird bis 40 Prozent teurer und der Preis für das Heizöl wird um fast 50 Prozent steigen.

Viele bezahlen, wenige profitieren

Die neuen Energiesteuern belasten Berggebiete und Randregionen überdurchschnittlich, benachteiligen Familien, belasten einkommensschwache Haushalte zusätzlich, beeinträchtigen die Konkurrenzfähigkeit der Schweizer Wirtschaft und benachteiligen das produzierende Gewerbe.

Keine neue Subventionswirtschaft

Die Erfahrungen mit der früheren Landwirtschaftspolitik haben uns gelehrt, dass die generelle Subventionierung eines Wirtschaftszweiges ein schlechter Weg ist. Staatliche Markteingriffe sind teuer und untauglich.

Energiesteuern gefährden Arbeitsplätze

Die «doppelte Dividende» ist eine «doppelte Legende». Die neuen Steuern auf Energie schaffen keine neuen Arbeitsplätze. Im Gegenteil: In Regionen, die heute schon stark von Arbeitslosigkeit geplagt sind, werden zusätzlich Arbeitsplätze vernichtet.

Erst der kleine Finger, dann die ganze Hand

Der Bund hegt bereits Ausbaupläne für die Energiesteuer. Über die Energie sollen in Zukunft die Bundesfinanzen und die Sozialversicherungen finanziert werden. Es wird somit nicht bei zwei Rappen pro Kilowattstunde bleiben. Wer heute den kleinen Finger gibt, dem wird morgen die ganze Hand genommen.

Umweltschutz, aber nicht mit neuen Steuern

Wir müssen unsere Umwelt schützen. Doch nicht mit neuen Steuern. Wir haben seit dem 1. Mai 2000 das CO₂-Gesetz, welches gezielt zum Schutz unseres Klimas beitragen wird. Das CO₂-Gesetz wird insbesondere jene bestrafen, die unsere Umwelt und unser Klima wirklich belasten. Bei den neuen Energiesteuern dagegen geht es einzig um die Erschliessung einer neuen Steuerquelle für den Bund und nicht um gezielten Umweltschutz.

Umweltschutz, aber nicht mit Subventionen

Für Technologien, die tatsächlich zukunftsweisend sind, werden sich genügend Investoren finden, die damit Geld verdienen wollen. Der Markt soll entscheiden, welche Technologien effizient und wirtschaftlich interessant sind. Die Solartechnologie ist es bis heute bestimmt nicht.

Umweltschutz, dafür haben wir das CO₂-Gesetz

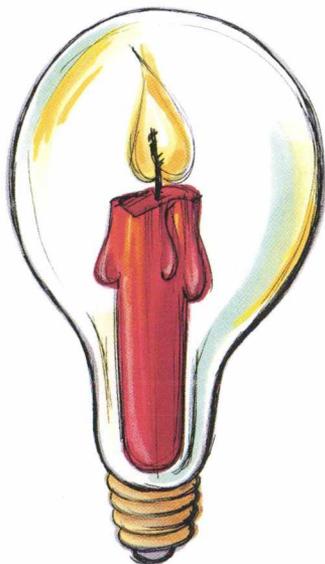
Der Schutz der Umwelt und unseres Klimas sind auch der Wirtschaft ein Anliegen. Deshalb setzt sich die Wirtschaft für die Umsetzung des CO₂-Gesetzes ein. Es bestraft diejenigen, welche die Umwelt belasten und entlastet diejenigen, welche zur Umwelt Sorge tragen. Dies ist der richtige Weg.

Wir haben schon viel für den Umweltschutz getan

Die Schweizer Industrie und Wirtschaft hat in den letzten zehn Jahren sehr viel für den Umweltschutz getan. Trotz Produktivitätsanstieg ist der Energieverbrauch der Industrie konstant geblieben. Viele Unternehmen machen freiwillig bei Energie 2000 mit, wenden in ihrem Betrieb ISO 14'001 oder ein Umweltmanagementsystem an.

Fazit

Die Kosten der drei neuen Steuerprojekte sind enorm: Bevölkerung und Wirtschaft müssten dem Staat – neben den heutigen Abgaben und Steuern – jährlich rund vier Milliarden Franken zusätzlich abliefern. Dies entspricht rund zwei Mehrwertsteuerprozenten. Der Bund verspricht zwar, diese gewaltige Summe mehrheitlich wieder zurückzuerstatten, aber die ganze Umverteilungsübung wird massive Benachteiligungen und Ungerechtigkeiten zur Folge haben.



Die drei Steuervorhaben sind eine Fehlkonstruktion. Es werden neue Steuern erhoben, deren Verwendung zweifelhaft ist. Mit einer neuen Subventionswirtschaft und einer staatlichen Umverteilungsbürokratie verliert die Schweizer Wirtschaft an Konkurrenzfähigkeit. Es werden keine neuen Arbeitsplätze entstehen, im Gegenteil: Bestehende Arbeitsplätze werden gefährdet.

Wir müssen unsere Umwelt schützen. Doch nicht mit neuen Steuern. Wir haben seit dem 1. Mai 2000 das CO₂-Gesetz, welches gezielt zum Schutz unseres Klimas beitragen wird. Es ist nicht nur unfair, wenn die Bevölkerung für ihr Umweltengagement mit neuen Energiesteuern bestraft wird, es ist auch unredlich, wenn unter dem Deckmantel des Umweltschutzes neue Steuern propagiert werden.